

# Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für Magdeburg und Umgegend.

Die Volkstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. ... Preis 10 Pf.

Nr. 268.

Magdeburg, Dienstag, den 15. November 1898.

9. Jahrgang.

## Achtung! Steuerzahler!

Montag, den 14. November, Abends 8 Uhr, tagen in der ... Der Arbeiterbund des Baugewerbes für Deutschland ist in der Bildung begriffen.

### Die zufriedene Regierung.

n. Die preussische Regierung ist höchlich zufrieden mit den letzten preussischen Landtagswahlen. Sie hat das urbi et ubi in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung verkünden lassen.

Der einzige Pantapfel, die Kanalvorlage, soll, wie es scheint, auch noch möglichst beiseite geschafft werden. Bekanntlich unterstehen die Kanalbauten bisher dem Ministerium für öffentliche Arbeiten.

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung findet das Verhalten der Regierung sehr lobenswert. Wenn sich gewisse Blätter den Anschein gäben, als sei die Forberung der Landwirtschaftskammern ein neuer Beweis für den Uebermut der Agrarier, so könne das keinen ersten Eindruck machen.

Weshalb soll denn aber die Venderung in den Messorts erfolgen. Vom Eisenbahnminister besuchten die Junker, obwohl sie dazu nicht einmal triftigen Grund haben, daß er das Verkehrsinteresse in den Vordergrund stellen könnte auch bei den Kanalbauten.

Auch nach anderer Richtung sind die Aussichten, die der neue Landtag bietet, nicht eben tröstlich. Die Konservativen haben nur sehr wenige Sitze eingebüßt, und in der Freude über den siegreich abgeschlagenen Ansturm machen sie sich recht sehr maufsig, den Nationalliberalen, die sich im Wahlkampf ihnen in der Mehrzahl der Wahlkreise feindlich gegenübergestellt haben, wollen sie nun den Laufpaß geben.

Es läßt sich nicht leugnen, daß die Zeit jetzt günstiger ist, wie seiner Zeit unter dem Regime Bismarck. Man ist jetzt wieder einmal höchlich fromm. Das wissen und fühlen unsere Mütter gar deutlich und sie hoffen, ihr erneuter Versuch, die Volksschule der Kirche auszuliefern, werde diesmal glücken.

### Politische Tagesrundschau.

Deutschland.

In der Buchhandlung des Genossen E. Bütz in Pankow bei Berlin wurde der Arbeiternotizkalender für 1899 beschlagnahmt und zwar wegen Unfittlichkeit. Was Unfittliches dem sehr gediegenen Kalender anhaftet, haben wir bis zur Stunde nicht erfahren können.

Die Wilmische Zeitung will schon wieder einen Mauerungsprozeß innerhalb der Sozialdemokratie entdeckt haben (sie deutet auf den Streik der Theoretiker) und warnt deshalb: "Es könnte nichts Verleerteres geschehen, als wenn der offenkundige Mauerungs-Prozeß innerhalb der Sozialdemokratie jetzt durch eine zweite Auflage des Sozialistengesetzes unterbrochen und ein neuer eiserner Meißel um die sozialdemokratische Partei geschlagen würde."

Zur Ausweisung des Diebsteuers Dr. Braun bemerkt die Volks-Zeitung: "Die Sozialdemokratie ist durch die Ausweisung wieder einmal um ein Agitationsmittel bereichert worden, das seine Wirkung auf ihre Anhänger nicht verfehlen und sich objektiv als eine Stärkung der Sozialdemokratie darstellen wird."

Wenn Maßnahmen zur Unterdrückung der Sozialdemokratie bekannt werden, finden wir die Magdeburgerische Zeitung jedesmal auf dem allerreaktionärsten Fißel. Zur Ausweisung unfexes Genossen Braun druckt sie ohne irgendwelche Bemerkung, die Ausführungen der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung nach, welche lauten: "Es könne nicht zweifelhaft sein, daß Braun zu der Kategorie von Ausländern gehört, die durch ihre Thätigkeit in einem fremden Staatsgebiet lästig fallen. Wer das staatlich gewährte Gastrecht mißbrauche, um die gegen die Grundlagen des Staates gerichtete Propaganda in Zug zu halten, begeben sich selbst des Rechts, in dem von ihm angegriffenen Staate unbehindert Aufenthalt nehmen zu dürfen. Die zuständigen Behörden hätten lediglich pflichtgemäß gehandelt, als sie dem Ausländer Braun die Möglichkeit entzogen, seine staatsfeindlichen Antriebe auf preussischem Boden fortzusetzen." Na also!

Die Ausweisungen dänischer Staatsangehörigen aus Nordschleswig finden natürlich die Billigung des Hauptorgans der Scharfmacher, der freikonservativen Stummischen Post. Es handle sich bei diesen Ausweisungen um eine Kulturarbeit. Wer von dieser "Kulturarbeit" Vorteil hat, darüber giebt die Reichstagswahlstatistik genügend Aufschluß.

Die Stimmenzahlen der einzelnen Parteien bei der letzten Reichstagswahl betragen nach der jeben erschienenen amtlichen Statistik:

Deutschkonservativ	859 222	Stimmen
Deutsche Reichspartei	843 642	"
Nationalliberal	971 302	"
Freisinnige Vereinigung	195 682	"
Freisinnige Volkspartei	558 314	"
Deutsche Volkspartei	108 528	"
Centrum	1 455 189	"
Polen	244 128	"
Sozialdemokraten	2 107 076	"
Antisemiten (Reformpartei und Christlich-Sozial)	284 250	"
Bund der Landwirte	110 839	"
Bayerischer Bauernbund	140 304	"
Anderere Parteien (Littauer, National-Sozial, Dänen, Welfen etc.)	268 284	"
Unbestimmt	92 637	"
Zersplittert	13 846	"

Das Stimmverhältnis der Sozialdemokraten stellt sich hiernach um 1562 Stimmen günstiger als auf Grund privater Erhebungen festgestellt worden ist. Aus dem Häuschen sind die Antisemiten, weil sich aus dieser Statistik ergeben haben soll, daß die Antisemiten gegen 1893 20 389 Stimmen gewonnen hätten, während das Reichstagsbureau ein Minus von 21 815 Stimmen berechnet habe. Der Unterschied erklärt sich einfach daraus, daß das Statistische Amt die Christlich-Sozialen mit den Antisemiten zusammengeworfen hat, während das Reichstagsbureau, wie es allein richtig ist, 48 734 christlich-soziale Stimmen in besonderer Rubrik zusammenzählt. Es bleibt also bei dem Rückgang der antisemitischen Stimmen. Die Antisemiten haben wieder einmal zu früh gejubelt.

Freiherr v. Seydewitz, daß auf der Konferenz süddeutscher nationalliberaler Abgeordneter auch nur mit einem Wort über "eine gefeggeberische" Aktion gegen die Sozialdemokratie, über die Verwirklichung "des Schutzes der Arbeiterwilligen" und allgemeine Strafbestimmungen gegen die "Umstürzler" verhandelt worden sei.

Der Arbeiterbund des Baugewerbes für Deutschland ist in der Bildung begriffen. Die bezügliche Verhandlungen haben jetzt in Berlin stattgefunden. Die Lehre für die Arbeiter liegt auf der Hand.

Der Vorsitzende des Bundes der Landwirte greift den Eisenbahnminister an, weil er für die Arbeiter billigere Fahrten gewährt. Wie wäre es, wenn der Bundesvorsitzende mal einige Zeit in die Jacke eines Arbeiters kriecht und vierter Klasse fährt? Septe fährt dieser Mann "erster Klasse"!

Unter Hinweis auf die Fleischsteuerung haben mehrere Mitglieder der Stadtverordneten-Versammlung in Spandau beantragt, daß ein Beschluß gefaßt werde, wonach die Stadtverwaltung an den Reichstag eine Petition richte, für die Aufhebung der Vieheinfuhrbeschränkungen gegenüber Rußland und Oesterreich-Ungarn zu wirken. Und die Stadtväter in Magdeburg verstecken sich hinter angeblichen Kompetenzfragen.

Das Fleischbeschaugesetz soll dem Reichstage noch nicht zugegangen, sondern soll noch Gegenstand der Beratung der beteiligten Regierungen sein.

In den letzten Tagen war von einer Besteuerung der großen Banken die Rede. Eine derartige Besteuerung ist aber nicht geplant. Gott sei Dank! werden die notleidenden Bankhaber anrufen.

Die Schulbildung der Soldaten erhellt aus folgender Statistik: Im Erjahre 1897/98 wurden für das Landheer und die Marine im Reich der preussischen Monarchie insgesamt 151 882 Mannschaften ausgehoben. Von diesen hatten Schulbildung in der deutschen Sprache 151 398, nur in der nichtdeutschen Muttersprache 264, während 170 = 0,11 Prozent ohne Schulbildung waren gegen 2,80 Prozent im Erjahre 1879/80.

### Nachrichten aus dem Auslande.

Niklaus Bureau in Kopenhagen giebt folgende Schilderung der Ausweisungen: Unmittelbar vor den Landtagswahlen geschah die erste Reihe Ausweisungen, welche ganze Familien mit Säuglingen und kranken Kindern umfaßte, und sogar für diese hielt man sich streng an die kurze Ausweisungsfrist von 24 Stunden, was u. a. die Folge hatte, daß eins der ausgewiesenen Kinder, ein 12jähriges Mädchen, unmittelbar nach der Ausweisung starb, von dem schmerzlichen Aufbruche überanstrengt. Es ist selbstverständlich, daß durch solche Vorkommnisse der Unmut gegen die Ausweisungen sich immer drastischer äußert.

In der Aula der Wiener Universität kam es am Freitag zu einer Kauferei, indem die jüdisch-nationalen Libanonen von deutsch-nationalen Couleurs beschimpft und hinausgedrängt wurden.

Der sozialistische Deputierte Boyer teilte Freycinet mit, er werde wegen der Thatsache, daß Picquart noch immer in engem Gewahrsam gehalten werde, anfragen. Freycinet erklärte sich im Prinzip damit einverstanden, daß die Beratung dieser Anfrage am Dienstag stattfinden.

Die französisch-offizielle Depeschen-Agentur Havas bringt vom 12. November aus Paris unter Vorbehalt folgende Meldung eines gelegentlichen Berichterstatters: Letzten Freitag begab sich Frau Drehsus in das Kolonialministerium, um die Erlaubnis zu erbitten, ihrem Manne im Hinblick auf seine Rückkehr nach Frankreich warme Kleidungsstücke senden zu dürfen. Diese Bitte wurde Frau Drehsus mit dem Bemerkten abgeschlagen, die Regierung werde, wenn nötig, das erforderliche veranlassen.

Als Frau Drehsus nach Hause zurückkehrte, fand sie eine Aufforderung vor, nochmals auf dem Kolonialministerium vorzusprechen. Dort wurde ihr ein Brief ihres Mannes vorgelesen, der jeben angekommen war, und worin es in der Hauptsache heißt: "Seit fünf Jahren ver-lange ich vom General Boisdeffre Revision meines Prozesses. Man antwortet mir nicht. Ich sehe ein, daß jedes Bemühen vergeblich ist, und bin deshalb entschlossen, niemand, selbst meiner Familie nicht, mehr zu antworten. Ich bin am Ende meiner Kräfte angelangt und bin ein Sterbender. Ich vermahe dem Edelmut Frankreichs die Sorge für die Rehabilitierung meines Andenkens."

Hierauf bat Frau Drehsus, daß sie, um ihre Ehre zu retten, ermächtigt werde, ihm den Beschluß des Kassationsorgans zu telegraphieren, oder daß der Minister selbst telegraphiere. Frau Drehsus wurde wieder abschlägig beschieden und bat nun einen ihrer Freunde, beim Ministerpräsidenten einen letzten Versuch zu machen. Dupuy's Antwort entsprach aber der des Kolonialministers. Die Familie Drehsus fakte hierauf gemeinsam





